

## BILANZ

# Ein Jahr KPÖ im Brucker Gemeinderat

Der 21. März 2010 war ein historischer Tag für die KPÖ in Bruck an der Mur. Nach mehr als 40 Jahren konnten wir uns einen Sitz im Gemeinderat ergattert. Auf diesem Weg möchte ich mich noch einmal für das Vertrauen meiner Wähler bedanken. Dieser Einzugs ist eine Chance, endlich in Bruck etwas zu ändern und aufzuzeigen. Nur durch Mut, Ehrlichkeit und Konsequenz kann man vieles erreichen.

## Erfahrungen machen

Ich musste in diesem ersten Jahr vieles lernen. Die wichtigste Erkenntnis war der Umgang von Herrn Bürgermeister Rosenberger mit den Gemeinderatsmitgliedern. Im ersten Moment werden Ideale akzeptiert und im nächsten Moment werden sie wieder lächerlich gemacht. Nur zur Erinnerung: Ich stimme für **keine Gebührenerhöhung, Privilegien und Freunderlwirtschaft.**

Bei meiner ersten Gebüh-

renablehnung wurde ich von Herrn Bürgermeister belächelt und es wurde versucht diesen Entschluss als dämlich darzustellen. Ich bin aber davon überzeugt, dass man seinen Idealen treu bleiben muss und sich nicht für Herrn Bürgermeister Rosenberger zu ändern braucht. Dies lernt auch unser Herr Bürgermeister zu akzeptieren und bei den jetzigen Gebührenerhöhungen wird es ohne Kommentar zu Kenntnis genommen.

Im ersten Jahr gab es von meiner Seite 16 Ablehnungen von 133 Tagesordnungspunkten. Davon waren 4 Wahlentscheidungen (keine Stimme von mir gab es für die Wahl des Herrn Bürgermeisters, der beiden Vizebürgermeister und des Herrn Stadtrates Kletus Schranz), 5 Gebührenerhöhungen (Gebührenerhöhung von Abfall, Musikinstrumenten, Parken Hauptplatzgarage, Wasser und Kanal) und 7 Ablehnungen (Ablehnung gegen die Neuregelung der Bezüge der Gemeindefunktionäre, Änderung der Übertragungsverordnung, Kulturprogramm Frühjahr – Herbst 2011, Um-

wandlung der Stadtwerke in eine GmbH, Budget 2011 und die Ernennung von Herrn Ritter zum Sozialreferatsleiter).

## Nein zu Stadtwerke-Privatisierung

Die größte Fehlentscheidung des Brucker Gemeinderates war die Umwandlung der Brucker Stadtwerke in eine GmbH. Bei diesem Entschluss legte ich mich auch mit Herrn Bürgermeister Rosenberger an. Ich habe nämlich diese Pläne vor der Gemeinderatssitzung veröffentlicht. Der Bürgermeister sieht darin einen „Vertrauensbruch“. Diesen moralischen Vorwürfen kann ich nur folgendes entgegenhalten: Eine Umwandlung in eine GmbH ist der erste Schritt in die Privatisierung. Die Stadtwerke erkaufen sich diese Umwandlung für 2,4 Millionen Euro, die an die Stadtgemeinde Bruck an der Mur überwiesen werden. Dieses Geld muss als Hypothek aufgenommen werden und von den Stadtwerken erwirtschaftet werden. Bei dieser Wirtschaftslage wird es verdammt schwer, diesen Gewinn wieder wett zu machen. Auch die Gemeinde



Von KPÖ-Gemeinderat  
Jürgen Klösch

kann dann nicht mehr unterstützen, denn die Sozialhilfekosten werden immer größer und hierbei wird viel Geld benötigt. Deswegen werden dann als nächste Schritte die Anteile der Gemeinde (sie hält zur Zeit 100 Prozent) Stück für Stück verkauft und dann sind die Arbeitsplätze als nächstes dran. Dies kann ich nicht verantworten und deswegen gibt es ein **Nein** für diesen Entschluss.

## Zukunftspunkte

Vier Jahre liegen noch vor mir im Brucker Gemeinderat. Im Jahr 2011 sind meine wichtigsten Punkte die Aktivcard in Bruck attraktiv zu machen, denn sie ist bitter nötig. Auch eine barrierefreie Stadt ist mir ein großes Anliegen. Und natürlich die Verhinderung von Gebührenerhöhungen und Belastungen.

In diesem Sinne:

Fürchtet Euch nicht und Helfen statt Reden!

*Euer Gemeinderat  
Jürgen Klösch*

## AKTIVPASS

Die KPÖ fordert seit Jahren eine Aktivcard oder Sozialpass. Damit können Menschen mit geringem Einkommen Einrichtungen der Gemeinde (Schwimmbad, Eisstadion, Kulturveranstaltungen, öffentlicher Verkehr) viel günstiger nutzen. Seit einiger Zeit gibt es eine solche Aktivcard in Kapfenberg – sie wird im Bürgerbüro ausgestellt. Nun ist zu hoffen, dass Bruck/Mur und weitere Gemeinden dem Beispiel folgen.

## Gehaltsoffenlegung

Durch den Sitz im Gemeinderat und als Obmann des Prüfungsausschusses beziehe ich ein monatliches Gehalt, das durchschnittlich 525 Euro beträgt. Dieses Gehalt wird zu 100 Prozent auf ein Sozialkonto eingezahlt. Dieses Geld dient einerseits zur Erhaltung unseres Parteiheimes und zur Öffentlichkeitsarbeit, sowie der Mieter und Sozialberatung und andererseits zur Unterstützung von Notfällen. Die Gesamtsumme im Jahr 2010 betrug 4.716 Euro. Dies ist nicht ganz ein Monatslohn unseres Herrn Bürgermeister Rosenberger.

GR. J. Klösch

